

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 5

Artikel: Ein verdrängtes Problem
Autor: Jurjew, Dmitrij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092849>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dmitrij Jurjew, Zentrum RF-Politika, zu KGB und Gesellschaft

Ein verdrängtes Problem

Am 21. Dezember 1993 erliess Präsident Jelzin ein Dekret über die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MB) der Russländischen Föderation und die Schaffung eines Föderationsdienstes für Spionageabwehr der RF. Ist «das KGB» jetzt verschwunden? Natürlich nicht. Ein Moskauer Gewährsmann, der Informationsanalyst (und Koordinator der Vereinigung «Sodeistwije» für Demokratieförderung) Dmitrij Jurjew, zeigt auf, dass es nicht um die Bezeichnungen geht, sondern um die Machtstruktur für die Aufrechterhaltung des Rechts innerhalb der Gesellschaft.

Der Kern des Problems «KGB und Gesellschaft» liegt in Russland (wie in den übrigen Republiken der ehemaligen UdSSR) in den Grundprinzipien, nach denen das «Rechtswahrungs»-System in einem totalitären Regime des sowjetischen Typs, d. h. wo die Partei- und Staatsnomenklatura die Macht innehat, funktioniert. Nicht nur und nicht so sehr

Hat die Bevölkerung in Russland heute noch Angst vor dem KGB?

Eine Asylbewerberin aus der GUS in der Schweiz erteilt einer Schweizerin neuerdings Russischunterricht. Die Schweizerin teilte dies ihren russischen Brieffreunden hochofret mit. Die Asylbewerberin aus der GUS gerät einigermassen in Panik:

«Wenn ich zurück muss und die komitettschiki wegen dieser Information wissen, dass ich in der Schweiz um politisches Asyl gebeten hatte, dann ist es um mich geschehen, dann hab ich dort schon gar kein Leben mehr! Denn die kämpfen jetzt im Untergrund um ihr Überleben... Die sind noch alle da!»

Die komitettschiki sind die Mitarbeiter des «aufgelösten» Komitees für Staatssicherheit KGB. Der Brief der Schweizerin ging an eine private Adresse in eine andere Republik. Das beruhigt die junge Frau überhaupt nicht.

Ja, man kann noch Angst haben vor dem KGB. (htd)

das KGB als vielmehr die gesamte «Vertikale zur Bewahrung des Rechts» als solche ist aus gewissermassen genetischen Gründen nach wie vor als Systembewahrerin an ihrem Platz und übt nach wie vor den sozialen Auftrag seitens jener «herrschenden Schicht» aus, zwecks deren Schutz sie während Jahrzehnten aufgebaut worden ist.

Die ehemalige — und heutige — sogenannte «bewaffnete Abteilung der KPdSU» umfasst die Strukturen der «Staatssicherheit», die zwar die Linie des sowjetischen KGB fortsetzen, aber fiktiv in einige Sektionen aufgeteilt worden sind:

- der FSK — der Föderationsdienst für Spionageabwehr anstelle des MB — des Ministeriums für Staatssicherheit (er übernimmt den Chef und das gesamte Personal...),
- der SVR — Dienst für Auslandsaufklärung,
- die FAPSI — die Föderationsagentur für Regierungskommunikation und Information.

Verbesserte Neuauflage des NKWD

Jene Linie heisst: Ihre Aktivität ist nach wie vor gegen den Staat gerichtet. Diese Strukturen haben nicht nur ihre subversive, antistaatliche Tscheka-Natur eines Vollziehers illegaler Machtentscheide der Nomenklatura beibehalten, sondern sie sind noch wesentlich verstärkt worden und haben eine sogar während der Allmachtsperiode des ZK der KPdSU, in den 60er bis 80er Jahren, nicht dagewesene Position errungen, die sich jeder Kontrolle entzieht: Jetzt beteiligen sie sich unmittelbar an der Führung der politischen Tätigkeit der Staatsgewalt, auch an deren Kaderpolitik. Damit ist in gewissem Mass jene Situation wiederhergestellt, die unter Jeschow und Berija herrschte. Heute kommt allerdings hinzu, dass die Staatssicherheitsstrukturen auch noch an ihre längst gefasste Aufgabe gehen, und zwar mit einigem Erfolg, die «Konkurrenz» in der Armee und im Innenministerium herabzusetzen und sich unterzuordnen, in erster Linie deshalb, weil ein Grossteil der Armee- und

Der Kern des Problems liegt in den Grundprinzipien, nach denen das «Rechtswahrungs»-System in einem totalitären Regime des sowjetischen Typs funktioniert.

Polizeigeneralität heute eine professionelle patriotische Haltung von Verfechtern der Interessen Russlands und seiner Bevölkerung einnehmen und nicht jene der parasitären Nomenklatura-Schicht.

Ein Verbrechen: Gegen das Verbrechen wird nichts unternommen

Die gesamte rechtswahrende Praxis im heutigen Russland, die sowohl die Tätigkeit der «Staatssicherheit» als auch der Gerichte und der Staatsanwaltschaft umfasst, bestätigt uns, dass im wesentlichen keinerlei Veränderung erfolgt ist bezüglich der Nomenklatura-Gewalt. Das Wuchern des realen organisierten Verbrechens, das sich in massenhafter Bewaffnung der Kriminellen mit modernsten Waffen bekundet, ferner darin, dass das Racket bereits alle Ebenen des Geschäftslebens durchdringt, dass die Praxis der «Morde auf Bestellung» sich weiter ausbreitet, dass eine Art Sonderkontingent aus abgebrühten Mördern entsteht, die an den «heissen Punkten» der ehemaligen Sowjetunion angeheuert werden — all das bleibt der schlecht ausgerüsteten und schwach bewaffneten Polizei («milizija») überlassen.

Versucht die Polizei, die besonders gefährliche kriminelle Tätigkeit und die Aufhetzung zu Gewalt und Rebellion zu unterbinden, so werden ihre Beamten verfolgt und möglichst ausser Gefecht gesetzt. Derweil verschliesst das KGB (das MB, der FSK) die Augen vor den Racketeers und Banditen und erklärt betreffs der Banditen unter politischer Deckung zynisch, sie verfüge über keine Informanten in den politischen Parteien («da dies gesetzlich verboten ist»), als ob die vielfach wiederholten und besonders zynischen Aufrufe zu antistaatlicher Aktivität auf den Seiten der nazistischen Zeitungen (Den', Prawda, Sowjetskaja Rossija usw.) sowie die unverblühten und lauthals verkündeten Aufrufe an offenen Meetings nur durch spezielle Denunzianten hörbar würden.

Eine ganze Reihe besonders demonstrativer Aufrufe rollte über Russland, die «Gerichtsprozesse» gegen Faschisten, Antisemiten, Pogromhitzer und Staatsumstürzler zum Thema hatten. All diese «Prozesse» — gegen Beswerchoj, den

Die Strukturen sind noch wesentlich verstärkt worden und haben eine sogar während der Allmachtsperiode des ZK der KPdSU nicht dagewesene Position errungen.

Herausgeber von «Mein Kampf» in St. Petersburg, gegen die «Pamjat» in Moskau, gegen die Zeitungen Den' und Sowjetskaja Rossija usw. — liefern nach ein und demselben provokativen Schema ab: viel Lärm, Vorführung der Angeklagten als «Märtyrer», gewöhnlich in einem Metallkäfig (obschon der Staatsanwalt und die Geschädigten jeweils beantragten, den Käfig zu entfernen), schliesslich ein demonstrativer, den Grundlagen der Rechtsprechung krass widerlaufender Freispruch sogar in den offensichtlichsten Fällen.

Die Staatsanwaltschaft «ermittelt» in Sachen Blutbad vom 1. Mai 1993 in Moskau, das Millionen auf ihrem Bildschirm verfolgen konnten und das Opfer an Toten und Verletzten zur Folge hatte, und bemüht sich, die offensichtlichen Organisatoren der Massenunruhen zur administrativen Verantwortung zu ziehen... Was der politische Haupt-Racketeer Russlands, sein Oberster Sowjet, der Staatsanwaltschaft nicht genehmigt hat.

Gleichzeitig wird, als wäre es fast auf derselben Ebene, der demokratische Abgeordnete W. Mironow zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen (und dabei verhaftet), weil er den Präsidenten in der Situation des versuchten Staatsstreiches vom 21. März 1993 zu ausserordentlichen — aber friedlichen, gewaltlosen — Massnahmen zum Schutz des Staates und der Gesellschaft vor der sowjetisch-nazistischen Kriminalität aufgerufen hatte. Strafrechtlich verfolgt werden Aktivisten der Demokratischen Bewegung, die den Präsidenten dazu aufgerufen haben, die Rechte des Volkes gegen Versuche der Sowjets zu schützen, die gesamte Macht im Staat zu usurpieren.

Ein Abhörsystem, das keinen Skandal befürchtet

Bereits im Juli 1993 bereitete das Ministerium für Staatssicherheit in Absprache mit dem Ministerium für Kommunikation und dem FAPSI (der ehemaligen KGB-Verwaltung) Massnahmen vor, um die völlige Kontrolle der Staatssicherheit über das gesamte Netz der Information und Telekommunikation zwischen den Organen der Staatsgewalt und der Verwaltung sowie der ganzen staatlichen Informationspolitik wiederherzustellen; sie werden heute in die Tat umgesetzt. Gemäss jüngsten Vermutungen soll die ehemalige Verwaltung der Geheimpolizei KGB für vertrauliche Kommunikation alle Strukturen der Informationsbeschaffung (auch der offenen) in allen Organen der Staatsmacht Russlands unter ihre totale Kontrolle nehmen.

Charakteristisch sind auch die jüngsten «Errungenschaften» der angeblich er-

Wie sich anhand mehrerer ehemaliger Dissidenten und Kämpfer für die Demokratie in Russland erhärten liess, bewahren die bewussten «Strukturen» geheime Dossiers gegen sie auf und benutzen sie weiterhin.

Hier zeigt sich mit aller wünschbaren Deutlichkeit die Revanche der Partei- und Staatsnomenklatura.

Voraussetzung zur Entnomenklaturisierung ist die Durchführung eines russischen «Nürnberg» — eines internationalen Prozesses zur Untersuchung der Verbrechen der Partei- und Staatsnomenklatura der KPdSU.

neuerten KGB-Strukturen. So wurde Professor Wil Mirsajanow, der die Öffentlichkeit vor dem antihumanen und verlogenen Vorgehen der Militärnomenklatura-Behörden gegen internationale Abkommen Russlands (Verbot chemischer Waffen) gewarnt hatte, verhaftet und ins Gefängnis geworfen, obschon sein Handeln vom Gesichtspunkt der neuen Verfassung vollkommen gerechtfertigt war. Wie sich anhand mehrerer ehemaliger Dissidenten und Kämpfer für die Demokratie in Russland erhärten liess, bewahren die bewussten «Strukturen» geheime Dossiers gegen sie auf und benutzen sie weiterhin. Dossiers, die aufgrund von unmenschlichen und rechtsverletzenden, auf Diktat der KPdSU angenommenen «Gesetzen» entstanden waren.

Gewaltentrennung? Bitte sehr! Wir unterwandern alle

Was wir hier skizziert haben: a) die Staatsanwaltschaft samt ihren «Spezialgruppen», die die Grundlagen des Strafverfahrens verletzen und entgegen allen Verfassungsnormen und Rechtsgrundsätzen vom Präsidenten verlangen, manche Minister zu entlassen, weil gegen sie gerichtlich ermittelt werde und «Beweise» gegen sie vorlägen; b) das ganze Netz der Gerichte, die nach wie vor «per Telefon» der örtlichen und zentralen Partei- und Staatsnomenklatura unterstellt sind; c) das wichtigste Telefongericht selber, das sich Verfassungsgericht nennt — ein Gericht, das die subversive Tätigkeit der Sowjets fördert, die es auf die Zerstörung des unabhängigen Systems der Exekutive abgesehen haben (Beispiel: Mordowien), und das anti-staatliche Kräfte zur offenen Missachtung grundlegender Menschenrechte und Freiheiten anheizt (Beschlüsse des 9. Kongresses und des Obersten Sowjets über die Presse«freiheit»); d) die unverhohlenen antijelzinsche Tätigkeit der Apparatsstrukturen im Umfeld des Verfassungsgerichts, die — wie zunehmend offenkundig wird — direkt von Premierminister Tschernomirdin angeführt werden. Dies alles belegt, dass die genannten Strukturen heute als Werkzeuge einer gegen den Staat, das Volk und das Recht gerichteten landesweiten Tätigkeit krimineller Elemente dienen.

Was «Revanche der Partei- und Staatsnomenklatura» bedeutet

Wenn Strukturen, die sich «Organe der Staatssicherheit» nennen, als subversive antistaatliche Kraft auftreten, wenn die Organe der Rechtsprechung sich als übermächtiger kriminogener Faktor betätigen, wenn Mitarbeiter des Staatsapparats die Sabotage staatlicher Entschiede zu ihrer Haupttätigkeit machen,

wenn eine feste Verbindung der Interessen von Kommunisten, Tschekisten und organisiertem Verbrechen gegen beliebige effiziente staatliche Strukturen zustande kommt, dann zeigt sich darin mit aller wünschbaren Deutlichkeit die Revanche der Partei- und Staatsnomenklatura. Diese Revanche zielt auf Unterdrückung der ersten zaghaften Versuche, die Demokratie aufzubauen, ja noch mehr auf Zersetzung und Zerstörung aller staatlichen Strukturen Russlands, auf die Desintegration des russischen Staates. Es ist ein Anschlag, der ein riesiges Volk zu vernichten und das historische Leben des staatlichen Russland zu kappen bezweckt und eine Neuverteilung der Welt nach den Vorstellungen jener Leute anvisiert, denen die Erhaltung Russlands als eines einheitlichen staatlichen Organismus im Wege steht, ihre Pläne der geopolitischen Revanche auszuführen.

Die verbrecherische Rolle der Partei- und Staatsnomenklatura — inklusive des ehemaligen KGB, das sich als Element einer komplexen und weltumspannenden Tendenz erweist — verdammt die Menschen, welche die Nomenklatur-Gemeinschaft darstellen, zu einem schweren Interessenkonflikt: Ihre sozio-politische Funktion widerspricht ihrer menschlichen und staatsbürgerlichen Funktion, überrollt ihren Selbsterhaltungsinstinkt und die natürliche Empfindung der Solidarität mit dem eigenen Volk.

Entnomenklaturisierung!

In dieser Situation ist die Entnomenklaturisierung — eine Reihe von Massnahmen, inklusive Durchleuchtung der Vergangenheit, hauptsächlich aber zur vorläufigen Suspendierung der Vertreter der ehemaligen Parteinomenklatura bzw. der Personen, die der geheimen Kollaboration mit dem KGB überführt sind, von Posten in der Exekutive — nicht so sehr eine Form des Kampfes der Gesellschaft gegen die Nomenklatura und schon gar nicht eine Form der gesellschaftlichen Rache für die Verbrechen der Nomenklatura gegen das Volk, sondern in erster Linie die einzig mögliche Form eines Kompromisses der Nomenklatura mit dem übrigen Teil der Bevölkerung.

Die Entnomenklaturisierung ist nicht eine Beschneidung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte eines Teiles der Gesellschaft; sie ist die einmalige Liquidierung der bis heute existierenden privilegierten Stellung dieses Teils der Gesellschaft; es sind Massnahmen zur Ent-

Fortsetzung Seite 6

DER BUCHTIP

«Minderheiten im Konflikt»

Das Ende der Teilung Europas hat den Völkern hinter dem einstigen Eisernen Vorhang nicht nur die Freiheit gebracht. Es hat auch Kräfte freigesetzt, die jahrzehntelang durch den kommunistischen Totalitarismus unterdrückt und gerade deshalb mit um so grösserer Gewalt ausgebrochen sind. Die Rede ist von den «nationalen Minderheiten».

Dass diese «Minderheiten» gerade in jenen Staaten sich besonders bemerkbar machen, die bis anhin Vielvölkerstaaten waren, ist auch kein Zufall. Jahrzehntlang waren die Menschen in jenen sozialistischen Staaten nur Träger «sozialistischer Grundrechte». Das Recht auf Selbstbestimmung galt in der Praxis nur für jene Völker, die (noch) keine sozialistische Gesellschaftsordnung verwirklicht hatten. Im Zuge der Gleichmachelei von Staates wegen verloren die Menschen ihre eigene individuelle Identität, die sich von anderen Identitäten unterscheiden durfte.

Suche nach der eigenen Identität

Ein Blick in das «Wörterbuch zum sozialistischen Staat» aus der damaligen DDR mag reichen, um dies zu verdeutlichen. Das Stichwort «Individualrechte»

sucht man vergebens, und unter dem Stichwort «Grundrechte» ist dort u. a. zu lesen: «Erst durch die politische Machtausübung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, durch die Liquidierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln... entstehen gesicherte Grundrechte, die die Entfaltung des Bürgers zur sozialistischen Persönlichkeit auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen und fördern. Ihnen gebührt die Bezeichnung Menschenrechte in voller Bedeutung dieses Begriffs...»

So ist es auch nicht verwunderlich, dass nach dem Zusammenbruch des alles individuelle Leben bestimmenden sozialistischen Staates, nach dem weitgehenden Verlust der Machtinstrumentarien dieses Staates, nun die Menschen und Völker auf der Suche nach neuen Werten sich auf Bekanntes konzentrieren und sich darin von anderen abheben wollen. Was liegt hier näher als die Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen mit ihren äusseren Merkmalen wie Sprache, Religion und/oder Ethnie? Traditionen wie Toleranz, Kompromissbereitschaft und friedliches Zusammenleben, was zuweilen auch die Hintanstellung eigener Interessen vor dem All-

Ein verdrängtes Problem (Fortsetzung)

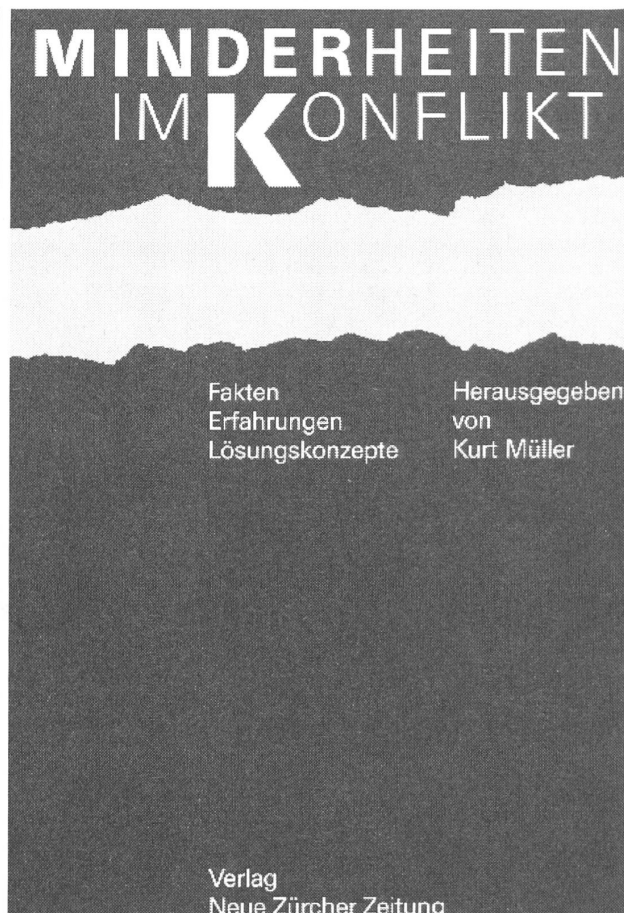
kriminalisierung des Systems der Staatsführung; und schliesslich bietet sie allen Bürgern — so auch den Vertretern der Nomenklatura selber — die Möglichkeit, eine «neue Seite aufzuschlagen». Und das bedeutet auch die Möglichkeit, unter Einsatz der erworbenen Erfahrung in den neuen Bedingungen eine gesellschaftliche Relevanz zu erlangen, allerdings nicht mehr zum Preis der Segregation der nomenklaturafremden Bevölkerung!

Die Entnomenklaturisierung als Liquidation eines Systems und nicht von Menschen, als Form eines Gesellschaftsvertrags, ist die Grundlage jeder Verwirklichung einer politischen Reform, die unerlässliche Voraussetzung für die soziale Rehabilitation und Befriedung einer Gesellschaft, die 75 Jahre lang gespalten war. Ohne die deutsche Entnomenklaturisierung — die Entnazifizierung — gäbe

es kein demokratisches Deutschland, und es hätte keine Rückkehr zum normalen Leben, auch zu einem normalen politischen Leben, geben können ohne diese Art «Reinigung» von Millionen Bürgern, die in die nazistische Partei- und Staatsnomenklatura verstrickt gewesen waren, sich aber nicht unmittelbar an ihren Bestialitäten und Grausamkeiten beteiligt hatten.

Völlig offensichtlich ist aber auch, dass ohne exakte juristische Abklärung aller Umstände, welche die Entnomenklaturisierung abzuschaffen berufen ist, nichts daraus werden kann. Deshalb ist die erste wesentliche Voraussetzung die Durchführung eines russischen «Nürnberg» — eines Internationalen Prozesses zur Untersuchung der Verbrechen der Partei- und Staatsnomenklatura der KPdSU.

(Übersetzung: Hanni Tarsis-Dormann)



gemeininteresse bedeutet, haben in dieser Phase der Suche und Durchsetzung eigener Identität naturgemäss wenig Platz.

Minderheitenkonflikte als Störfaktor erster Ordnung

Im Verlag der «Neuen Zürcher Zeitung» ist ein Buch erschienen, das sich mit «Minderheiten im Konflikt» auseinandersetzt und dabei sich nicht nur mit Fakten und Erfahrungen begnügt, sondern auch Lösungskonzepte darlegt; denn, so der Herausgeber des Buches, der ehemalige Inlandchef der NZZ, Kurt Müller, im Vorwort: «Minderheitenkonflikte sind zu einem Störfaktor erster Ordnung des Weltfriedens geworden. Ihre Lösung ist eine der Voraussetzungen für eine friedliche Zukunft.»